

Vortrag Dr. Michael Fuchs MdB 15.02.2006:

„Deutschland braucht Unternehmer“

Diskussionsabend Economic Forum Deutschland

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie alle recht herzlich mit einem einleitenden Zitat, das uns auf das Thema des heutigen Abends einstimmen soll: „Manche halten den Unternehmer für einen räudigen Wolf, den man totschiagen muss - andere für eine Kuh, die man ununterbrochen melken kann. Nur wenige sehen in ihm das Pferd, das den Karren zieht.“ Hat Winston Churchill diesen Ausspruch den Deutschen auf den Leib geschrieben?

Nach einer Allensbach-Umfrage aus dem Jahr 2002 ist die Hälfte der Deutschen der Meinung, die Bevölkerung habe nichts davon, wenn es den Unternehmern gut geht. 30% der Befragten glauben, die jeweilige Regierung schaffe die Arbeitsplätze. Nur 12% schreiben die Schaffung von Jobs den Unternehmen zu. Und Steuern, so die Meinung vieler, zahlen Unternehmer ja sowieso nicht mehr.

Meine Damen und Herren, wäre diese Umfrage aus dem aktuellen Jahr, so befürchte ich, die Ergebnisse würden uns ähnlich erschrecken.

„Deutschland braucht Unternehmer“ - ich möchte dabei einigen Fragen nachgehen: Was hat zu der Entzauberung des Unternehmers geführt? Wo sind unsere Unternehmer geblieben? Und was können wir tun, um wieder mehr unternehmerischen Willen in Deutschland zu fördern?

Ich möchte dabei auch die Frage aufwerfen „Wie halten es die Unternehmer mit der Politik“?

Ich freue mich dabei, dass wir heute nicht nur durch die deutsche Brille die Dinge betrachten, sondern die Meinung unserer werten Freunde aus den USA, sehr geehrter Herr Botschafter Cloud und Herr Botschafter Kornblum, zu hören bekommen. Geben Sie uns Ihre kritische Sicht der Dinge, wir können nur daraus lernen.

Danken möchte ich schon an dieser Stelle dem Veranstalter dieses Abends, dem Economic Forum Deutschland, für dieses gute und exklusive Come Together.

Liebe Frau Hoppe, sehr geehrter Herr Dolan, da ich nun dem Kreis der National Leadership Award Gewinner Ihres Forums angehöre, möchte Ihnen meine Anerkennung für Ihre wertvolle Arbeit aussprechen. Sie bringen Unternehmer und Politiker zusammen und sorgen somit für den wichtigen Dialog zwischen beiden Seiten. Es ist gut zu wissen, dass es Initiativen wie das Economic Forum Deutschland gibt, welches die wichtige Schnittstelle Politik und Wirtschaft im Fokus hat. Denn nur, wenn sich die Wirtschaft der Politik offen und klar erklären kann, wird die Politik die Belange der Wirtschaft umso besser berücksichtigen können. Dies gilt ebenso für den umgekehrten Fall.

„Deutschland braucht Unternehmer“ – diese Forderung ist ganz dick zu unterstreichen. Denn die Zahlen sprechen für sich: Die deutsche Selbständigenquote liegt mit knapp 10% erheblich unter dem EU-Durchschnitt von 14 %.

Der Grund für unsere schlechte Position ist sehr einfach: Länder, in denen mehr Menschen das Wagnis der Selbständigkeit eingehen, sind auch in puncto Wirtschaftswachstum Spitze. So ist jeder fünfte Ire

Unternehmer. Entsprechend positiv hat sich das Wachstum mit Zuwachsraten von mehr als 6% zuletzt entwickelt.

Eine Scheibe abschneiden können sich die Deutschen auch von der Neuen Welt – offenbar lebt dort der Pioniergeist fort; denn Neuseeland, die USA und Australien sind geradezu Paradiese für Existenzgründer. So erklärten im Sommer 2004 9,4% der Erwerbsfähigen in Neuseeland, 7,3% in den USA und 6,6% in Australien, sich jüngst selbständig gemacht zu haben. In Deutschland waren es nur 3,4%. Damit ist Deutschland auf Platz 19 der vom Global Entrepreneurship Monitor (GEM) untersuchten 34 Länder.

Kaum voran geht es vor allem bei den deutschen Gründerinnen – in Ost wie West: Deutschlandweit kamen im Jahr 2004 auf 100 männliche Gründer nur 43 weibliche – im Durchschnitt der GEM-Länder sind es immerhin 57.

Im schwarz-roten Koalitionsvertrag heißt es: „Wir brauchen wieder mehr Mut zur Selbständigkeit. Die Selbständigenquote muss wieder auf deutlich mehr als 10% steigen.“ Um diesen angestrebten Anstieg zu erreichen, müssen wir in Deutschland an sehr vielen Stellschrauben drehen, und zwar energisch.

Denn dem ehrgeizigen Koalitionsziel nach mehr Unternehmensgründungen steht der unaufhaltsame Demographiewandel drohend gegenüber: Laut der KfW Mittelstandsbank sind über 60% der Jungunternehmer zum Zeitpunkt der Gründung nicht einmal 40 Jahre alt – nur ein knappes Fünftel zählt 50 Lenze und mehr.

Schreibt man diese Altersverteilung fort, dann droht der Unternehmensbestand in Deutschland regelrecht auszudünnen:

- In der Altersgruppe der 30- bis 40-Jährigen, auf die zuletzt mit rund 150.000 noch das Gros der Neugründungen entfiel, werden sich im Jahr 2050 nur noch rund 90.000 Frauen und Männer für die Selbstständigkeit entscheiden – ein Minus von 40%.
- In der zweitstärksten Gründergruppe, den 20- bis 30-Jährigen, gibt es in 2050 30% weniger Jungunternehmer.

Insgesamt, so schätzt die KfW Mittelstandsbank, wird der Rückgang an Existenzgründungen bis 2050 mit einem Drittel doppelt so stark ausfallen wie der Bevölkerungsrückgang.

Meine Damen und Herren, woran liegt es denn, dass in Deutschland unternehmerisches Denken und Gründergeist so rar geworden sind?

Aus meiner Sicht sind es zwei Faktoren, die eine Rolle spielen.

Für günstige unternehmerische Rahmenbedingungen ist eine florierende Wirtschaft entscheidend - sie fehlt bei uns. Das zum Ersten. Und zum anderen leben die Deutschen in einer Arbeitnehmerkultur!

Der erste Punkt, also die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, ist erkannt und bekannt:

Laut Weltbankstudie „Business Index 2005“ sind die Rahmenbedingungen für Unternehmen in Neuseeland, Singapur und den USA 2004 am günstigsten. Deutschland erreicht unter den 145 Ländern nur Rang 19, ein Jahr zuvor lagen wir sogar auf Platz 24. Betrachtet man die einzelnen Indikatoren der Studie, so schneidet die Bundesrepublik in Sachen Arbeitsmarktflexibilität mit Platz 111 arg schlecht ab. Und die Anforderungen, die Unternehmensgründer schuldig sind, bringen Deutschland keine Lorbeeren ein – Position 47 ist die Quittung.

Der Weltbank zufolge öffnet in Deutschland eine neue Firma erst nach durchschnittlich 1,5 Monaten ihre Pforten, zuvor mussten 9 verschiedene Stellen angelaufen werden. Viel flotter geht es in den angelsächsischen Ländern jenseits der Ozeane: Allenfalls 2-3 Tage und 3 Vorgänge sind Down under für den Papierkram zu veranschlagen. Und auch die Dänen (4 Tage, 4 Stellen) sowie die Niederländer (11 Tage, 7 Vorgänge) schlagen die deutsche Gründungsbürokratie um Längen.

Das Fazit lautet: Überall dort, wo sich der Staat in die Wirtschaft einschaltet, und die Staatsquote übermäßig steigt, gehen das Wachstum und damit die Unternehmerzahlen zurück. Und ein einziger erfolgreicher Unternehmer ist für den Wohlstand und die soziale Sicherheit wichtiger als tausend erfolgreiche Beamte. Oder, um mit Arno Sölter (dt. Volkswirtschaftler 1911-1987) zu sprechen: „Ein Gramm Unternehmensgeist wiegt mehr als ein Kilo Bürokratie.“

Die zweite, eben schon angesprochene Ursache unseres Gründerrückganges, liegt in einer spezifischen Geisteshaltung, die es in den Aufbaujahren nach dem Krieg kaum gegeben und die in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr an Kraft gewonnen hat.

Wie bereits erwähnt, leben die Deutschen in einer Arbeitnehmerkultur. Die Menschen vertrauen darauf, dass die sie beschäftigenden Unternehmen oder wenigstens der Staat es schon richten werden. Der Mut zu Eigeninitiative und Risiko wird schon in jungen Jahren durch den Traum vom Bausparvertrag und von einer gesicherten Rente ersetzt. Der öffentliche Dienst ist bei uns nach wie vor der begehrteste Arbeitgeber. Bei den jungen Hochschulabsolventen bleibt der Drang in die Selbständigkeit hierzulande verhaltener als in den Vereinigten Staaten oder Großbritannien. Die Zahlen sprechen für sich: Mehr als die Hälfte aller Schulabgänger möchte im öffentlichen Dienst arbeiten, am liebsten als Beamte.

Zwar bewundern viele junge Deutsche Entrepreneurere wie Bill Gates und seinesgleichen, die es aus einem Garagenunternehmen ganz nach oben geschafft haben. Doch während Amerikaner die Karriere vom Tellerwäscher zum Millionär nach wie vor als eine reale Möglichkeit sehen, halten Deutsche dies weitgehend für undenkbar. Dabei gibt es auch in unserem Land beispielhafte Unternehmensgründungen wie die von SAP. Doch es könnte mehr solcher vielversprechender Aufbrüche geben, wenn nur der Mut dazu vorhanden wäre.

Es ist sicherlich eine Aufgabe der Eltern, ihren Kindern diesen Mut zu machen. Doch neben den Eltern kommt es auch auf die Schule und Hochschule an. Hier liegt manches im argen. In Schulbüchern kommen Unternehmer kaum vor. Das Wissen darüber, wie der Schritt in die Selbständigkeit aussehen kann, wird dort kaum vermittelt. Stattdessen vermitteln Schulen und Universitäten häufig das Bild einer abgesicherten Existenz mit geregelten Arbeitszeiten als Lebensziel.

Ich halte es für sehr erstrebenswert, seine Fähigkeiten zu entdecken und sie in Unternehmermanier anzuwenden. Die meisten Menschen indes scheuen Risiken. Sie schätzen die Beständigkeit und sind mit einem überschaubaren, abhängigen Arbeitsleben zufrieden. Doch zum Unternehmertum gehört der unbedingte Drang zur Selbständigkeit. Der schöpferische Unternehmer wagt und kämpft. Er opfert Freizeit, Familienleben und häufig seine Gesundheit, weil er Neues gestalten möchte, weil er besser sein will als die Konkurrenz. Denn er will seinen Nachkommen bleibende Werte vererben, Spuren auf dieser Erde hinterlassen und –selbstverständlich– hohe Gewinne erzielen.

Hier den Mentalitätswechsel zu erreichen und parallel die staatlichen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass sich Gründer- und Unternehmergeist frei entfalten können und wollen, ist die Aufgabe unserer Gesellschaft. Die Politik hat hieran einen großen Anteil.

Daher halte ich es für sehr wichtig und notwendig, dass wir bei dieser Aufgabe viele Unternehmer in der Politik haben. Denn erst wer die Sorgen und Nöte, aber auch die Freuden des Unternehmertums kennt, kann die politischen Rahmenbedingungen für Unternehmer richtig setzen.

Ich selbst habe diese Erfahrung gemacht und bereue sie keinen Tag lang. Politiker sollten sehr genau wissen, wie Unternehmer denken. Gleichwohl sollten Unternehmer kennen lernen, wie die Politik funktioniert.

Doch leider gibt es zu wenige Unternehmer in der Politik. Von einem Trend zu reden, wäre übertrieben. Die Zahl derer, die sich im Bundestag tummelt, ist übersichtlich. Vorherrschend ist der Typus des klassischen Abgeordneten, der den Marsch von der Jungpartei bis hinauf in die Bundespolitik geduldig abgeleistet hat.

Das ist natürlich durchaus auch von Vorteil. Denn die Politik umgibt sich mit ihren besonderen Spielregeln. Glücklicherweise ist der, der sie gut kennt und zu beherrschen weiß. Doch es darf meiner Meinung nach eben nicht nur solche Politiker geben.

Schaut man sich die Zusammensetzung unseres Parlaments an, so zeigen die Zahlen, wie einsam bzw. wie exotisch sich ein Unternehmer im Bundestag fühlt: Es gibt im neu gewählten 16. Deutschen Bundestag 21 Selbständige. Bei 614 Parlamentariern sind das gerade mal 3,4 %.

Unter den CDU-Abgeordneten gibt es 7 Unternehmer, bei der CSU 5 Unternehmer, bei der FDP-Fraktion finden sich 6, in der SPD 2 und bei der Linkspartei immerhin einer. Keinen Unternehmer im Bundestag haben Bündnis 90/Die Grünen. Das Fazit lautet: Im Deutschen Bundestag ist jeder Kenner des Mittelstandes eine Perle.

So übersichtlich vertreten waren Unternehmer im Parlament nicht immer: Dem 1. Deutschen Bundestag (1949-1953) gehörten 19,8% Selbständige an; ihr Anteil wuchs zunächst weiter: In der 3. Wahlperiode von 1957-1961 erreichte die

Zahl der „Unternehmer-Abgeordneten“ mit einem Anteil von knapp 25% ihren bisherigen Höhepunkt.

Dann aber ging es abwärts. Die Zahl der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst hingegen wuchs beständig: Ihr Anteil an den Abgeordneten im Bundestag stieg von 26% im Jahr 1949 auf jetzt rund 42%.

Warum aber gibt es so wenige Unternehmer im Bundestag? Sind die Parteien schuld, die im doppelten Sinne Selbständige nicht wollen?

Oft ist zu hören, dass sich Unternehmer in der Politik schwer tun, weil ihnen der Rückhalt in der Partei fehlt. Doch dies ist nicht der einzige Grund: Falls die politische Karriere scheitert, können Beamte an ihren alten Arbeitsplatz zurückkehren. Diese Wiedereintrittsgarantie fehlt Unternehmern. Dieser Umstand ist sicherlich eines der größten Hindernisse für jeden Unternehmer, sich in die Mühlen der Politik zu begeben.

Bei uns sollte daher die Rückkehrmöglichkeit deutscher Unternehmer nach einigen Jahren in der Politik deutlich verbessert werden. Es sollte gerade das Ansehen eines Unterneh-

mers stärken, wenn er politische Erfahrungen und Beziehungen ins Unternehmen mitbringt.

Blickt man hingegen in die USA, so hat man dieses Problem nicht. Die Annahme politischer Ämter und die Weiterführung von Unternehmen sind in den USA problemlos möglich und in keiner Weise so restriktiv gehandhabt wie in Deutschland. Freiberufler müssen in den USA nicht ihre Aufgaben als Unternehmer ruhen lassen, was natürlich in Einzelfällen zur Folge haben kann, dass Verquickungen zwischen Wirtschaft und Politik auftreten können.

Auch die vergleichsweise unattraktive Bezahlung der Parlamentarier ist kein Anreiz für Unternehmer – ein weiterer Grund, dem Parlament fernzubleiben. Dies kann man aber auch umdrehen: Gerade wenn man es sich wirtschaftlich leisten kann und unabhängig ist, sollte man Politiker werden. Wenn es mir als Unternehmer nur ums Geldverdienen geht, darf ich mich später nicht beschweren, wenn meine Interessen nicht gehört werden.

Unternehmer haben des weiteren selten ausreichend Zeit dafür, ein politisches Mandat wahrzunehmen. Wer heute

selbstständiger Unternehmer ist, hat oft einen Zwölf-Stunden-Tag an mehr als fünf Tagen.

Ich plädiere eindeutig dafür, mehr unternehmerischen Geist in die Politik zu bringen. Unternehmer, die etwa die Möglichkeit haben, die Leitung ihres Unternehmens der nächsten Generation zu übertragen, sollten verstärkt in die Politik gehen.

Ich habe Jahr für Jahr einen Wirtschaftsjuvenen für eine Woche in meinem Berliner Abgeordnetenbüro aufgenommen, auch dieses Jahr wird mir Anfang Mai wieder ein junger Unternehmer aus meiner Heimat auf die Finger schauen. Ich kann Ihnen versichern, diese Jungunternehmer verlassen den Bundestag anders als sie ihn betreten haben. Die reinigende Erkenntnis, gerade für aufstrebende, ungeduldige Gründer, dass die Politikmühlen nun einmal so mahlen wie sie mahlen, ist wichtig für das ambivalente Verhältnis Unternehmer-Politiker.

In Zeiten enormer Verschuldung, hoher Staats- und Soziallastquote und verkrusteter Arbeitsmärkte ist unternehmerisches Denken und Handeln gefragt. Ein Land ist zwar nicht mit einer Firma zu vergleichen, aber einige Prinzipien sind wohl

übertragbar. Was für ein Unternehmen das wirtschaftliche Aus bedeutet, führt im Staat zu Rückständigkeit und zu Schwäche. Wettbewerb ist hüben wie drüben förderlich.

Wir werden allerdings nie den Boom der Unternehmer in der Politik erleben. Daher sollte aber an anderer Stelle nachgebessert werden. Mein Vorschlag lautet daher: Jeder Bundestagskandidat sollte vor seiner Mandatstätigkeit das wahre Leben erfahren haben - bestenfalls als Unternehmer. Denn für die Pluralität eines Parlaments sind eben auch andere Berufe wichtig, wie wir es an unserer geschätzten Bundeskanzlerin entzückt feststellen. Es darf nicht sein, dass das Motto lautet: Vom BaföG in den Bundestag und wieder zurück zum BaföG. Niemand sollte jünger als 30 Jahre sein. Das klingt hart, aber es dient der Sache. Wozu soll ein junger Mensch ohne Berufserfahrung im Parlament sitzen, Volksvertreter spielen und womöglich bei jeder Abstimmung mit der Mehrheit stimmen, nur weil er ansonsten befürchtet sein Mandat zu und damit seine berufliche Tätigkeit verlieren?

Ich befinde mich ja unter Freunden und kann so einigermaßen offen reden. Ich will Ihnen nun noch eine persönliche Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands geben,

und inwieweit es uns gelingen kann, Unternehmern wieder zu vorausschauenden Investitionen zu ermutigen.

Dazu möchte ich Ihnen vorweg einen Auszug aus einem Kommentar aus der „Welt“ vor wenigen Tagen vorlesen:

„Aus den Innenansichten der großen Koalition ergibt sich kein klares Bild. Der Streit um die Familienförderung barg eine Ahnung davon, was uns diese schwarz-rote Zwangsehe bescheren wird. Bei der EU-Dienstleistungsrichtlinie droht Ähnliches. Über Sozialstandards versus Globalisierung denken Union und SPD nun einmal ziemlich verschieden. Und wenn sie sich in der Mitte treffen müssen, ist meistens keinem gedient, schon gar nicht den Bürgern.“

Meine Damen und Herren, dies ist eine harte klare Aussage über den derzeitigen politischen Zustand. Gewiss öfter werden wir in nächster Zeit solcher Texte zu lesen bekommen.

Es wäre unehrlich, würde ich nun sagen, der Schreiber hat gelogen, sieht die Realität nicht oder hat kein Verständnis von Politik. Ich bin Wirtschaftspolitiker und sehe Wirtschaftszusammenhänge mit der ordnungspolitischen Brille.

Doch die Realität zwingt mich, die derzeitige politische Konstellation so zu akzeptieren wie sie ist. Und wir müssen in den nächsten 3-4 Jahren versuchen, das Bestmögliche für den deutschen Standort zu tun.

Ich werde dabei aber nicht alles hinnehmen. Und ich werde nichts unversucht lassen, meine oder unsere Vorstellungen von richtiger Wirtschaftspolitik einzufordern, auch wenn es die eigene Regierung ist. Keine leichte Aufgabe, aber für einen Unternehmer eine persönliche Herausforderung.

Meine Damen und Herren, die Globalisierung trifft Deutschland mit voller Wucht. Wir konkurrieren mit Ländern, die deutlich niedrigere Löhne, deutlich niedrigere Umweltstandards, deutlich niedrigere Sozialstandards haben. Wir stehen im Wettbewerb mit jungen Gesellschaften und jungen Marktwirtschaften, die ihre Chancen auf den Märkten der Welt suchen.

Das fordert uns alle heraus! Gerade deshalb müssen wir alle Anstrengungen darauf richten, dass Arbeitsplätze weitestgehend bei uns im Land bleiben. Deshalb sind Reformen unerlässlich, auch wenn sie den Menschen viel abverlangen.

Die Grundstimmung in unserem Land hat sich verbessert, ist optimistischer geworden. Die notorische Nörgelei, das Trübsalblasen der letzten Jahre, hat nachgelassen. Es wird nicht ausschließlich erwartet, dass alles noch schlechter wird – nein es ist die Hoffnung da, dass vieles besser wird.

Angela Merkel hat in ihrer Regierungserklärung Klares gefordert: “Ich freue mich darauf, mit Ihnen die Kräfte zu wecken und zu nutzen, die in unserem Land stecken. Fragen wir nicht zuerst, was nicht geht oder was schon immer so war. Fragen wir zuerst, was geht und suchen wir auch danach, was noch nie so gemacht wurde.“ Genau das ist der Punkt, meine Damen und Herren: Deutschland steht vor großen Aufgaben und die sollten wir als Herausforderungen annehmen, statt sie als Probleme zu bejammern.

Und wir müssen uns an eine einfache Weisheit erinnern, die lautet: Arbeit braucht Wachstum und Wachstum braucht Freiheit. Vor allem Freiheit vor einengenden Gesetzen und Verordnungen. Es gibt da einen sehr weisen Ausspruch Montesquieus’, der einmal sagte: „Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu erlassen, ist es notwendig, kein Gesetz zu erlassen.“

Vieles spricht dafür, dass 2006 zum Wendepunkt wird. Wichtige Konjunkturindikatoren sind so positiv wie zuletzt im Boomjahr 2000. Viele Wirtschaftsinstitute korrigieren ihre Wachstumsprognosen nach oben und nicht wie in den letzten Jahren, ständig nach unten. Und die Bundesregierung bleibt Gott sei dank vernünftig verhalten bei ihrer eigenen Prognose, wie wir erst vor wenigen Wochen anlässlich der Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht erleben konnten. Wir haben aus den Erfahrungen der Vorgängerregierung gelernt, dass uns zu hohe Prognosen einen ordentlichen Strich durch eine auch nur ansatzweise solide Haushaltsplanung machen können.

Endlich zieht neben dem Export auch die Nachfrage im Inland an; die Gesellschaft für Konsumforschung berichtet von einer verbesserten Verbraucherstimmung.

Die Voraussetzungen sind gegeben, dass 2006 ein gutes Jahr für Deutschland werden kann. Was bleibt, ist für mich als Unternehmer der bereits erwähnte Wehrmutstropfen, denn diese unsere Regierung ist nicht das Idealbild, dessen, was wir uns vor der Wahl erträumt haben.

Schwarz-Rot wird und kann sich in wichtigen Feldern nicht so weit einigen, wie es erforderlich wäre. Es wird weiter zu viel umverteilt, zu wenig ordentlich durchfinanziert und zu wenig zurückgefahren werden. Denn für eine aufgabenorientierte Staatsrückführung ist wenig Bereitschaft bei unseren neuen Freunden vorhanden. Auch wird eine Große Koalition keine Arbeitsmarktmaßnahmen hinbekommen, die wirklich Wirkung zeigen. Große Beschäftigungseffekte sind schon aufgrund unserer Beschäftigungsschwelle nicht zu erwarten.

Allenfalls günstig in dieser Lage ist der Umstand, dass die Große Koalition sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat die notwendigen Mehrheiten innehat. Die Gesetzgebungsarbeit ist nicht mehr auf nächtliche Verhandlungsrunden im Vermittlungsausschuss unter höchstem Zeitdruck angewiesen, sondern kann direkt in den Fachausschüssen im Bundestag erfolgen. Das ist nicht viel, sollte uns aber immer wieder aufs neue mit Optimismus an unsere Arbeit gehen lassen.

Zwangsehe hin oder her: Alle Entscheidungen müssen einem Ziel untergeordnet werden: Am Ende des Jahres darf die Zahl der Beschäftigten nicht noch geringer sein als gegenwärtig. Es

muss wenigstens gelingen, den Beschäftigungsabbau zu stoppen. Angesichts des Verlustes von gut 200.000 Arbeitsplätzen im Durchschnitt in den vergangenen sechs Jahren ist das bereits ein sehr ehrgeiziges Ziel.

Wird der Beschäftigungsabbau gestoppt, kann von einer Trendwende gesprochen und der Aufbau neuer Beschäftigung in Angriff genommen werden. Wird das Ziel nicht erreicht und setzt sich der Beschäftigungsabbau fort, dann rückt auch die Sanierung der Staatsfinanzen in weite Ferne.

Die Große Koalition muss den Standort Deutschland voranbringen – etwas anderes bleibt ihr gar nicht übrig. Trotz meiner gewissen Zweifel gehe ich zuversichtlich und mit Kraft an meine Arbeit. „Viele kleine Schritte...“ wie Frau Merkel es sagte, führen auf jeden Fall in die richtige Richtung.